



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10987 | 14. WOCHE | 38. JAHRGANG

DONNERSTAG, 7. APRIL 2016 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



RELIGION Wie die Anhänger des Spaghettimonsters um Gleichstellung kämpfen ▶ SEITE 3

ROMA UND SINTI Historiker Wolfgang Benz über die „am wenigsten geachtete Minderheit Europas“ ▶ SEITE 4

ASYL Reformvorschläge aus Brüssel ▶ SEITE 10, 12

BERLIN Der Mann vor der Botschaft ▶ SEITE 23

Fotos oben: ap,dpa

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Bei Redaktionsschluss dieses *verboten* stand noch nicht fest, ob es bei dem Referendum in den Niederlanden nun eine Mehrheit gegen das EU-Abkommen mit der Ukraine gegeben hat oder nicht. Aber für den Fall, dass diese Holländer schon wieder renitent als einziges Land von der einzig selig machenden EU-Linie abweichen sollten, hat *verboten* bereits eine Lösung parat, um diese frechen, lästigen frechen Nörglerlande endlich loszuwerden: den

Klimawandel.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 15.725 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
 fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
 fax 030 | 251 06 94
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
tazshop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 25 90 02-0
 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
 Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

Dobrindt lässt einen fahren

GESTANK Abgasbetrug deutscher Autofirmen: Obwohl jetzt sogar Bundestagsjuristen Gesetzesbrüche feststellen, tut der Verkehrsminister nichts dagegen. Grüner fordert Verbot neuer Benzin- und Dieselaautos ab 2025 ▶ SEITE 2



Und wenn's noch so stinkt, einfach weitermachen, als sei nichts geschehen: bewährte Methode, derzeit angewandt von Verkehrsminister Alexander Dobrindt Foto: Owen Richards/Getty Images

KOMMENTAR VON MALTE KREUTZFELDT ZUR STAATLICHEN NICHT-REAKTION AUF DEN ABGASSKANDAL

Kriminelle Untätigkeit

Allmählich fehlen einem als Beobachter des Diesel-Abgasskandals die Worte angesichts der Dreistigkeit, mit der CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt das Thema aussitzt. Mehr als ein halbes Jahr ist es her, dass Volkswagen eingeräumt hat, eine illegale Abschalteinrichtung zu nutzen, die dafür sorgt, dass Grenzwerte nur im Labor eingehalten werden. Seit mehreren Monaten ist bekannt, dass auch andere Hersteller die Abgasreinigung auf der Straße stark drosseln – mit abenteuerlichen Begründungen.

Passiert ist seitdem praktisch nichts. Die Autos, die ein Vielfaches des erlaubten Stickoxid-Wertes ausstoßen, sind

nach wie vor auf den deutschen Straßen unterwegs und vergiften Tag für Tag die Menschen. Das Verkehrsministerium hat zwar umfangreiche Abgastests durchführen lassen. Doch deren Ergebnisse hält Dobrindt seit Monaten geheim – offenbar in der irren Hoffnung, dass sich das öffentliche Interesse am Skandal irgendwann legt. Längst bekannt sind hingegen die Ergebnisse von Abgastests, die Umweltverbände und Medien auf eigene Kosten durchgeführt haben. Reaktion der zuständigen Behörden: Fehlanzeige.

Selbst als der Autokonzern Daimler nach einem dieser Tests einräumen musste, dass die Abgasreinigung bei Mercedes-Modellen bei niedrigen Tempera-

turen gedrosselt wird, um den Motor zu schonen, ist nichts passiert. Das zuständige Kraftfahrtbundesamt, das Dobrindt untersteht, wollte zunächst prüfen, ob Daimler sich hier möglicherweise zu Recht auf eine Ausnahmeregelung beruft. Ergebnis: keins.

Inzwischen liegt zu dieser Frage trotzdem eine klare Aussage aus neutraler Quelle vor: Der Wissenschaftli-

che Dienst des Bundestags hält das Vorgehen von Daimler für eindeutig rechtswidrig. Und was tun Dobrindt und seine Behörde? Wieder nichts.

Diese Untätigkeit ist inzwischen nicht mehr nur ein politischer Skandal, sondern sie nimmt allmählich kriminelle Züge an. Der Verkehrsminister nimmt massive Gesundheitsschäden durch giftige Abgase in Kauf, um die Autoindustrie zu schonen. Auf Einsicht ist bei Dobrindt nach den bisherigen Erfahrungen leider nicht mehr zu hoffen, und die mitregierende SPD lässt ihn gewähren. Stoppen können die staatliche Arbeitsverweigerung darum wohl nur die Gerichte – oder die Wähler.

Dobrindt schon die Industrie und nimmt dafür Gesundheitsschäden in Kauf

Haft für Freier und Zuhälter

STRAFRECHT Bundesregierung beschließt Gesetz gegen Zwangsprostitution

BERLIN *afp* | Die Bundesregierung hat das Gesetz zur strafrechtlichen Verfolgung von Zwangsprostitution auf den Weg gebracht. Es sieht Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren für Freier vor, die die Situation von Zwangsprostituierten ausnutzen. Bis zu zehn Jahre Haft drohen Zuhältern und Menschen-

händlern, die jemanden unter Ausnutzung einer Zwangslage oder Hilflosigkeit beziehungsweise durch Gewalt zur Prostitution veranlassen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wies darauf hin, dass den Freiern im Einzelfall nur schwer nachzuweisen sein werde, dass sie über die Um-

stände der Zwangsprostitution Bescheid wussten. Die Frauenexpertin der Linken, Cornelia Möhring, sagte, sie habe Zweifel, dass die Bestrafung der Kunden ein adäquates Mittel sei. Die Opfer bräuchten vor allem Beratungsangebote.

▶ Inland SEITE 6
 ▶ Meinung + Diskussion SEITE 12

Eigenanbau erlaubt

CANNABIS Bundesgericht gibt MS-Patienten recht

LEIPZIG *epd/dpa* | Das Bundesverwaltungsgericht hat schwer erkrankten Patienten erstmals die Möglichkeit zum eigenhändigen Anbau von Cannabis eröffnet. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte müsse einem an Multipler Sklerose erkrankten Mann eine Ausnahmegenehmigung

für die Kultivierung der Pflanzen erteilen, entschied das Gericht am Mittwoch in Leipzig in einem wegweisenden Urteil. Bislang war in solchen Fällen noch nie eine Erlaubnis erteilt worden. Nun hatte die Klage des 52-jährigen in dritter und letzter Instanz Erfolg.
 ▶ Inland SEITE 6

